Sudan-Gräuel von der Welt ignoriert



Viele Familien werden durch das Geschehen im Sudan getrennt

Quelle: Wikimedia / Sudan Envoy / CC BY 2.0 /

https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=12800514

Nach der Einnahme von al-Faschir durch die paramilitärische RSF prangert der Evangelist Franklin Graham neue Gräueltaten im Sudan an. Er spricht von einem «Massaker, das die Welt ignoriert» – und ruft zum Gebet für die Zivilbevölkerung auf.

Der Evangelist Franklin Graham hat den radikalen Islam im Sudan scharf verurteilt, nachdem er Videos erhalten hatte, die zeigen sollen, wie paramilitärische Kämpfer Zivilisten nach der Einnahme von al-Faschir hinrichten. Graham erklärte, die Aufnahmen seien zu grausam, um sie öffentlich zu teilen.

Die RSF (eine der Kriegsparteien) hat kürzlich al-Faschir eingenommen und damit die letzte von der Regierung kontrollierte Stadt in Darfur nach monatelanger Belagerung unter ihre Kontrolle gebracht. In den letzten Wochen hatte RSF bereits die sudanesische Armee aus der Region vertrieben – eine neue Eskalationsstufe in einem Krieg, der bereits mehr als 40'000 Menschen das Leben kostete und über 14 Millionen zur Flucht zwang. Die sudanesische Regierung meldete am Mittwoch, dass seit dem Einmarsch der RSF mehr als 2'000 Zivilisten getötet wurden.

«Gesicht des radikalen Islam»

«Das ist das Gesicht des radikalen Islam. Wir arbeiten seit über 30 Jahren im Sudan, und unser Herz bricht für dieses Land», schrieb Graham, Präsident von «Samaritan's Purse», auf Facebook. Er rief zum Gebet für die Zivilisten auf, die «in diesem Moment ermordet werden». Er wirft den RSF-Kämpfern vor, sie würden «töten, nur um zu töten»; ein Zeichen radikal-islamischer Ideologie. «Im Sudan findet ein Massaker statt, und die Welt schaut weitgehend weg.»

Reporter der «BBC» hätten die <u>Echtheit der Videos überprüft</u>. Ein Video zeigt einen Kämpfer namens Abu Lulu, der auf neun unbewaffnete Gefangene feuert (über diese Brutalität <u>berichtete kürzlich die «Bild»-Zeitung</u>), während andere RSF-Mitglieder jubeln.

Satellitenbilder des Yale Humanitarian Research Lab scheinen die Berichte über Massenhinrichtungen zu bestätigen – sie zeigen leichenähnliche Ansammlungen in zuvor unberührten Stadtgebieten.

«Dringendes internationales Handeln»

Die Tötung unbewaffneter Zivilisten oder kapitulierten Soldaten verstösst gegen die Genfer Konventionen und gilt als Kriegsverbrechen. Die in Grossbritannien ansässige Organisation «Christian Solidarity Worldwide» (CSW) forderte angesichts der Berichte über Gräueltaten an Zivilisten «dringendes internationales Handeln».

CSW-Gründer Mervyn Thomas in einer Erklärung: «Besonders besorgniserregend ist die Zahl minderjähriger RSF-Kämpfer, die offenbar rekrutiert wurden, um unvorstellbare Gewalt zu verüben. CSW ruft die internationale Gemeinschaft auf, die Stadt Tawila, in die viele geflohen sind, zu schützen und ungehinderten humanitären Zugang zu gewährleisten.»

Aus Islamisten-Miliz hervorgegangen

Die RSF wird von General Mohammed Hamdan Dagalo geführt. Sie ging aus der berüchtigten Dschandschawid-Miliz hervor, die in den frühen 2000er-Jahren während des <u>Darfur-Völkermords</u> nicht-arabische Bevölkerungsgruppen terrorisierte.

Der Gründer der Miliz, der ehemalige sudanesische Präsident Omar al-Baschir, wurde 2009 vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Kriegsverbrechen und Völkermords angeklagt. Der aktuelle Krieg begann 2023, nachdem das fragile Bündnis zwischen Dagalos RSF und Armeechef General Abdel-Fattah Burhan zerbrochen war.

Zerfällt der Sudan weiter

Beide Seiten rüsten ihre Truppen mit ausländischen Waffen und Kämpfern auf. Die RSF setzt Drohnenangriffe auf Armeestellungen im ganzen Land ein, wobei die Technologie aus Ländern wie der Türkei, China, dem Iran und Russland stammt.

Die jüngste RSF-Offensive in Darfur hat Befürchtungen über einen (weiteren) Zerfall des Sudan ausgelöst; vor der Abspaltung des Südsudans war der Sudan das flächenmässig grösste Land Afrikas und die Nummer zehn der Welt.

Die Gruppe erklärte, sie wolle in den von ihr kontrollierten Gebieten – darunter grosse Teile von Darfur (etwa eineinhalb mal so gross wie Deutschland) und Kordofan (etwas grösser als Deutschland) – eine Parallelregierung errichten. Nachdem sie sich zunächst aus Khartum zurückgezogen hatte, nahm sie dort Anfang dieses Jahres die Angriffe wieder auf.

Aktuell kontrolliert die sudanesische Armee den grössten Teil des Nordens und Ostens, einschliesslich der Hauptstadt Khartum, während die RSF fast ganz Darfur und Teile Kordofans beherrscht.

Harter Druck gegen Christen

Nach dem Fall der Stadt al-Fashir hat das katholische Hilfswerk «Kirche in Not» mit der einheimischen Christin Mariam Ibrahim über die Lage im Land gesprochen. Mariam Ibrahim, eine sudanesischen Mutter, war 2014 zum Tod und zu 100 Peitschenhieben verurteilt worden. Ihre angeblichen Vergehen: Apostasie und Ehebruch – ihr tatsächliches «Verbrechen» war jedoch, dass sie sich weigerte, den christlichen Glauben abzuschwören, in dem sie aufgewachsen war.

«Man beschuldigte mich, weil ich als Christin aufgewachsen war, weil ich meinen Glauben praktizierte und weil ich einen Christen geheiratet habe», berichtet sie. «Das galt als Verbrechen. Weihnachten 2013 verbrachte ich im Gefängnis. Kurz vor meiner Verhaftung erfuhr ich, dass ich schwanger war. In der ersten Nacht in der Zelle war ich voller Angst – ich konnte nur beten.»

Während ihrer Haft riss Ibrahim Seiten aus ihrer Bibel heraus, versteckte sie in ihrem Haar und las sie heimlich auf der Gefängnistoilette. «Das war der einzige Ort, an dem ich lesen konnte, ohne entdeckt zu werden. Ich trage diese Bibel aus dem Gefängnis bis heute überallhin bei mir. Wenn mich Menschen fragen, wie sie für Verfolgte beten können, sage ich: Betet, dass sie Zugang zu Gottes Wort finden.»

«Keine Bedrohung»

Mariam Ibrahim weiss: «In vielen Ländern gilt der Besitz einer Bibel als Akt des Terrorismus. Doch die Bibel ist keine Bedrohung – sie ist die Geschichte der Erlösung für alle Menschen.»

Ibrahim wurde schliesslich durch das Eingreifen der italienischen Regierung und internationalen Druck freigelassen. Laut dem neuesten KIN-Bericht zur Religionsfreiheit weltweit hat sich die Verfolgung im Sudan in den letzten Jahren verschärft – bedingt durch ein autoritäres Regime und islamistischen Extremismus. Der Bericht stellt ausserdem fest, dass zwei Drittel der Weltbevölkerung, rund 5,4 Milliarden Menschen, in Ländern leben, in denen es schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit gibt.

Zum Thema:

<u>Ein Filmer in Afrika: Wenn Hoffnung ein Gesicht bekommt</u> <u>BGEA-Evangelisationskongress: Graham trifft Selenskyj in Berlin und betet für</u> <u>Frieden</u>

Humanitäre Krise im Sudan: 13 Millionen Vertriebene und bombardierte Kirchen

Datum: 04.11.2025 Autor: Daniel Gerber

Quelle: Livenet / Christian Post / Christian Today

Tags
<u>Islam</u>
<u>Afrika</u>
Verfolgung